

Selbstbestimmung und Mitbestimmung in Deutschland

Sehr geehrter Herr Dr. Wollner,

nach dem Lesen Ihrer Mitteilung über Ihren geplanten Vortrag „Kommunalunternehmen, Gemeinwohl und Bürgermitbestimmung“ habe ich verstanden, dass Sie sich mit der „Tätigkeit“ der Kommunen kritisch auseinandersetzen wollen. Das ist sicher gut, denn in den Amtsstuben der Städte und Gemeinden gibt es weder eine Mitbestimmung noch irgendwelche Ansätze für die Verbesserung des Gemeinwohls. Oder hat der Bau von Radwegen, die Organisation von Veranstaltungen und die Verwaltung von Akten etwas mit dem Gemeinwohl und mit der Mitbestimmung unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun? Meines Erachtens nicht!

Über die wirklichen Fragen und Problemen des täglichen Lebens (Energie- und Wasserversorgung, Gesundheits- und Sozialwesen, ...) können wir zwar reden bis wir „blau“ sind, mitbestimmen dürfen wir aber nicht. Die in den Kommunen vertretenen Parteien versprechen uns vor jeder Wahl, dass sie sich für bezahlbare Strom- und Gaspreise einsetzen, praktisch tun sie jedoch nichts. Sie können das auch nicht, denn die Netze und alle Energieversorgungsanlagen gehören nicht ihnen, sondern seit mehr als 20 Jahren den vier großen Weltenergiekonzernen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW.

„Wer die Netze besitzt, dem gehört auch die Energieversorgung!“

http://www.dr-schacht.com/Hintergruende_der_Neuen_Energiepolitik_Windkraft.pdf

Auch in solchen sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie im Gesundheits- und Sozialwesen regeln Geld und Profit allein das Recht auf Mitsprache. Als normaler Kassenpatient dürfen sie deshalb 4 bis 6 Stunden auf ein Gespräch mit ihrem Arzt warten, als Privatpatient – nur wenige Minuten! Oder ist es bei Ihnen anders? Über die vom Patienten zu zahlenden Kosten für Medikamente, die von Jahr zu Jahr weiter ansteigen, entscheidet die Pharmaindustrie. Mit Gemeinwohl und Bürgermitbestimmung hat wohl auch dieser Sachverhalt nichts zu tun.

Das, was unsere großen Philosophen über den menschenfeindlichen und menschenverachtenden Kapitalismus gedacht und geschrieben haben, wird vom gegenwärtigen globalen Superkapitalismus schon längst in den Schatten gestellt. Allein der Handel mit menschlichen Organen, mit Kindern, mit Drogen, mit einer völlig pervertierten Sexkultur beweist, dass unsere Gesellschaft mit allen traditionellen moralischen, ethischen und religiösen Werten nichts, aber auch gar nichts mehr gemein hat. Moral und Ethik in der „modernen“ globalen Marktwirtschaft gibt es nicht. Deshalb werden die letzten Schranken, die einem grenzenlos „freien“ Markt im Wege stehen, mit allen nur denkbaren Mitteln und Methoden beseitigt. Die Lüge, der Betrug und die Täuschung sind in unserer „modernen“ Welt schon zur Normalität geworden. Diese Moral des Marktes ist allgegenwärtig - in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur, in den Medien und natürlich auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Tabus gibt es nicht! Auch nicht gegenüber anderen Völkern, Kulturen und Religionen! Die aktuellen politischen Ereignisse beweisen das sehr anschaulich.

Der berechtigte Aufschrei vieler Europäer, der bewussten und zielgerichteten Vernichtung ihrer nationalen Traditionen, Kulturen, Sprachen und Religionen durch die Weltmacht USA etwas entgegenzusetzen, zeigt das ganze Dilemma der so genannten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Kapitalismus. Mit den von ihnen organisierten Kriegen, Aufständen, und Flüchtlingsströmen (siehe Tunesien, Libyen und Ägypten) hat es die USA geschafft, auch in Europa ein Flüchtlings-Chaos zu organisieren, das u.a. in Deutschland zur Gründung der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) führte. Obwohl eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der gemeinsamen Plattform (Programm mit 19 Punkten) nach wie vor voll zustimmen, haben es die Politiker und die Massenmedien sehr schnell geschafft, diese Volksbewegung als rechtsradikal orientiert und faschistisch geprägt zu verunglimpfen. Was für ein Zynismus! Ungewünschte Bürgerbewegungen werden als Rechtsradikale gebrandmarkt, Vertreter faschistischer Regierungen werden als Demokraten mit allen Ehren empfangen.

Angesichts der großen Sympathie unserer Regierung für faschistische Diktaturen und der beispiellosen Hasstiraden „unserer“ Medien gegen Russland von Mitbestimmung zu sprechen ist einfach abartig, widerwärtig und taktlos. Scheinbar gibt es in Europa und in den USA nur noch zwei Meinungen, die richtige von Herrn Obama und Frau Dr. Merkel und die falsche. Obwohl im Referendum über den Status der Krim mehr als 95 % der Wähler – bei einer Wahlteilnahme von 83% - für eine Wiedervereinigung mit Russland gestimmt haben, sprechen sie im Namen aller Amerikaner und Europäer pausenlos von einer Annexion der Krim durch Russland. Dass diese Wiedervereinigung in völliger Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht und der russischen Geschichte erfolgte und dadurch außerdem einen blutigen Bürgerkrieg verhindert wurde, spielt für sie keine Rolle.

Global gesehen hat der Kapitalismus nie von seiner Absicht, die ehemalige Sowjetunion bzw. das heutige Russland physisch zu vernichten, Abstand genommen. In den 30iger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben deshalb die amerikanischen Steuerzahler für die Machtergreifung des Faschisten Adolf Hitler in Deutschland gezahlt, heute zahlen sie - gemeinsam mit den Europäern - für Poroschenko und Jazenjuk in der faschistischen Ukraine. Durch die dramatischen Ereignisse in und um die Ukraine wurde dem amerikanischen und europäischen Kapitalismus seine „freiheitliche und demokratische“ Maske vom Gesicht gerissen. Erinnern wir uns! Im Geiste ihrer Sprüche in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts „Die EU von Lissabon bis Wladiwostok!“, „Russland in die NATO?“ hat Russland unter dem großen „Dirigenten“ Boris Jelzin beliebige Verträge mit den USA und der EU unterschrieben.

„Russland ist zu groß, zu reich und wieder zu mächtig geworden“ steht in den Journalen der Wallstreet. Trotz des Untergangs der Sowjetunion ist es dank der klugen und weitsichtigen Politik von Vladimir Putin wieder auf die Beine gekommen und stört die USA in ihren verbrecherischen Weltmachtplänen. Die friedenssichernden Aktivitäten Russlands in Syrien haben das weltweit sehr plastisch demonstriert.

Deshalb gibt es in Europa wieder eine beispiellose Russophobie (Russenfeindlichkeit, Russenhass), wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Russland mit dem Ziel, seinen zunehmenden Einfluss auf das Weltgeschehen zurückzudrängen. Dazu brauchen die USA, die EU und die NATO gegenwärtig die faschistische Ukraine. Russische Bürger durch ihre eigenen Landsleute zu erschlagen gehört offensichtlich zu den makabren und fiesen Instrumenten der faschistischen Ideologie.

70 Jahre nach dem großen heldenhaften Sieg der Sowjetunion über den deutschen Hitlerfaschismus stehen die „wiedervereinten“ Deutschen dank der „klugen“ und „weisen“ Politik der Bundesregierung und ihrer Kanzlerin, Frau Dr. Merkel, ideologische fest vereint mit der selbsternannten Weltmacht USA und der faschistischen Ukraine dem großen friedliebenden Russland wieder feindlich gegenüber. De facto haben wir durch unseren Untertanengeist Europa und Russland bereits verraten! Was haben wir eigentlich aus der Geschichte gelernt? Nichts? Das Leben wird uns für diesen Verrat, für unsere Feigheit, Dummheit, Überheblichkeit und Gleichgültigkeit (nennen Sie es wie Sie wollen!) hart bestrafen.

Russland lässt sich nicht erpressen! Niemals! Es wird auch diesmal den Faschismus besiegen!

„Unsere“ Bundeskanzlerin – ich habe keinen Zweifel – wird für ihren Verrat der europäischen Interessen und für ihre „großen Verdienste“ und „Erfolge“ bei der Verteidigung von „Freiheit und Demokratie“ in den USA im Jahr 2016 die Funktion als

UNO-Generalsekretärin

übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Schacht

27. Januar 2015